

Beginn und Ende der Arbeitszeit sowie Pausen regelt der Betrieb im Benehmen mit dem Arbeiterausschuß.

2. Löhne.

Als Mindeststundenlöhne wurden festgesetzt:

Table with 3 columns: 'von 14-18 Jahren', 'für Arbeiter', 'für Arbeiterinnen'. Values range from 0.80 M. to 1.15 M.

Für Neueinstellende, die noch nicht in der Branche tätig waren, wird eine Probezeit von 8 Wochen vereinbart.

In den Abteilungen Seltfaktor-Spinnereien, Schererei, Walke, Wäsche, Hauherei, Wolferei, Packerei und Wollsortiererei sind nur männliche Arbeitskräfte zu beschäftigen.

3. Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses ist nur notwendig, soweit gesetzliche Ausnahmen bestehen.

4. Ueberzeitarbeit.

Ueberstunden- und Sonntagsarbeit sollen nach Möglichkeit vermieden werden.

Ist Ueberarbeitszeit erforderlich, so werden Ueberstunden mit 25 Proz., Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. besonders vergütet.

Für Nachtwächter gilt diese Regelung nicht.

5. Lohnzahlung.

Die wöchentliche Lohnzahlung findet Freitag während der Arbeitszeit statt; falls dies ein Feiertag ist am Tage vorher.

6. Ferien.

Wegen der Ferien soll der Arbeitgeberverband für Gera und Umgegend zusammen mit dem Kartell der Gewerkschaften die Entscheidung treffen.

Die Ferien sind möglichst in den Monaten Mai bis September unter Fortbezahlung des Lohnes zu gewähren.

7. Einigungsweisen.

Etwaige Meinungsverschiedenheiten über Auslegung der getroffenen Vereinbarungen regeln Arbeitgeber und Arbeiterausschuß unter sich.

Im Falle einer Lohn Differenz erhält der Arbeitnehmer den bisherigen Lohnsatz zunächst weiter. Die aus der Einigung sich ergebende Lohn Differenz wird sofort nach der Einigung beim nächsten Lohnsatz ausgeglichen.

8. Dauer der Vereinbarung.

Diese Vereinbarung tritt rückwirkend am 1. Mai 1919 in Kraft und hat Gültigkeit bis 1. August 1919.

9. Bekanntmachung des Tarifs.

Dieser Tarifvertrag ist in jeder Betriebsabteilung anzuschlagen.

Gera-R., den 15. Mai 1919.

Geraer Filztuchfabrik Vachla u. Mehlhorn.

Der Arbeiterausschuß:

Ernst Bippel, Hermann Wandel, Jakob Scheider, Martha Albert, Hedwig Schneider.

Für den Arbeitgeberverband für Gera und Umgegend: Dr. Richmann.

Für den Deutschen Textilarbeiterverband, Filiale Gera: Christian Schmidt.

Gaukonferenz für den Gau 9 (Plauen-Vogtland).

II.

Sahn-Plauen referierte alsdann über die „Arbeitsgemeinschaft“. Nur die Angst vor der Sozialisierung habe nach seiner Ansicht die Unternehmer veranlaßt, der Arbeitsgemeinschaft beizutreten.

In der Debatte verlangte Kiebel-Plauen, daß die Ferienfrage bei Fortzahlung des Lohnes vereinbart werde.

Freitag-Zwickau sprach für den Antrag und forderte Bezahlung der gesetzlichen Feiertage.

Dressel-Plauen bemerkte, daß dann nicht nach Stundenlöhnen, sondern nach Wochenlöhnen die Tarife abgeschlossen werden müßten.

Bühning-Plauen meinte, daß die Affordlöhne in der Stidereiindustrie besonders für die Arbeiterinnen sich unpraktisch erwiesen haben.

Dressel-Plauen warnte davor, daß einzelne Branchentarifkommissionen nach Ansicht des Kollegen Sahn eigenmächtig Konferenzen einberufen können.

Reichelt-Rirchberg bemängelte die verschiedenen Löhne in den einzelnen Landesteilen.

Graupe-Zwickau beantwortete ebenfalls die Einrichtung eines Tarifamtes in der Zentrale des Verbandes.

Fädcl-Berlin bemerkte, daß auch die Zentrale des Verbandes den Mangel der Berichterstattung aus den Filialen empfunden hat.

Sahn-Plauen empfahl im Schlußworte die Feriengewährung unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Anträge auf Feriengewährung und Bezahlung der gesetzlichen Feiertage werden einstimmig angenommen.

Nachmittags-Sitzung.

Die Sitzung wurde nachmittags 2 Uhr von Dressel-Plauen eröffnet.

Ueber den 4. Punkt der Tagesordnung: Gewerkschaften und Arbeiterräte referierte Fädcl-Berlin. Einleitend führte der Redner aus, daß er wahrscheinlich nicht die offizielle Meinung des Zentralvorstandes vertrete.

Auf Antrag Bühning-Plauen wird von einer Debatte abgesehen. Eine Resolution im Sinne des Referats wurde einstimmig angenommen.

Die Betriebsräte als gleichberechtigte und beschließende Teile müssen die Tätigkeit der Gewerkschaften ergänzen und vervollkommen. Das Selbstbewußtsein der Arbeiter ist im Werden begriffen und damit das sichere Auftreten der Arbeiter ihren Unternehmern gegenüber.

Die Regierung ist nicht unser Endziel. Die Verstaatlichung ist nicht Vergesellschaftung. Die Regierung hat kein Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse.

Es gibt aber auch Industrien, welche für die Sozialisierung noch nicht reif sind. Zehn- oder gar hunderttausende in einer Industrie vorhandene Betriebe können nicht von einer Zentralstelle aus verwaltet werden.

Böhlmann-Falkenstein referierte über „Steilung nahme zur Generalversammlung“. Redner kritisierte einleitend das Fachorgan „Textilarbeiter“.

Belagerungszustand sei die Redaktion mit einem Schlüsselzuden hinweggegangen. Ein neuer, revolutionärer Geist müsse in der Redaktion und im Zentralvorstand eingehen. Er hätte gewünscht, daß die Frage der Sozialisierung auf die Tagesordnung der Generalversammlung gestellt werde. Der Verband müsse durch erhöhte Beiträge, 60, 80, 100 und 120 Pf. nach den Vorschlägen der Reorganisationskommission finanziell gut fundiert sein. Erhöhte Streikunterstützung soll eingeführt werden. Der prozentuale Anteil von den Beiträgen für die Lokalkassen der Filialen dürfe nicht herabgesetzt werden.

Graupe-Zwischen meint, er habe zwar kein Stimmrecht, warnt aber davor, den politischen Meinungsaustrausch in die Gewerkschaft hineinzutragen. Das Fachorgan könne nicht eine einseitige politische Tendenz propagieren, sondern müsse sich in dem jetzigen politischen Meinungsstreit neutral verhalten. Keine Regierung nach der Revolution habe die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit gehindert. Selbst **Saase** habe sich für einen Grenzschutz erklärt. Die Erhöhung der Streikunterstützung sei notwendig.

Soller-Helmbrechts glaubt, daß Graupe die Maßnahmen der Regierung in bezug auf den Belagerungszustand falsch beurteile. Er schildert die Zustände in Bayern.

Dressel-Plauen beschränkt nicht, daß durch den Antrag Böhlmanns der politische Streit in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen wird. Wir haben keine Ursache, nach den Gründen zu forschen, warum ein Belagerungszustand verhängt worden ist. Wir müssen uns auch gegen die Freiwilligenverbände wenden. Seit einigen Tagen sind um Plauen herum Kosketruppen zusammengezogen worden.

Säckel-Berlin erläutert die Beschlüsse der Reorganisationskommission. Es werde ein Antrag von der Kommission dem Verbandstag vorgelegt, der sich mit der Sozialisierung beschäftigt. Das Bestreben in den Gewerkschaften, die Unterstützungseinrichtungen abzuschaffen, sei nicht zu empfehlen. Die Kommission wird dementsprechende Anträge stellen. Parteipolitik dürfe nicht in den Gewerkschaften betrieben werden! Aber während des Krieges haben leider die Gewerkschaften eine bestimmte Politik im Mehrheitsfinne verfolgt. Die Uebergriffe des gegenwärtigen Militarismus können den einzelnen Soldaten nicht zum Vorwurf gemacht werden. Mit den Mehrheitssozialisten könne eine Einigung möglich sein, aber mit Moske niemals. Der Einspruch der Arbeiterorganisationen sei notwendig gegen den Belagerungszustand. In der Mehrheitspartei machen sich schon Verletzungen bemerkbar, und auch hier sei man nicht einig mit Maßnahmen der Regierung.

Böhlmann-Falkenstein geht im Schlußwort auf die Ausführungen Graupes ein und empfiehlt die von ihm gestellten Anträge.

Der Antrag, die Sozialisierungsfrage auf die Tagesordnung des Verbandstages zu stellen mit den Referenten Silberling, Kautsky oder Schumann wird angenommen. Auch einer Protestresolution gegen den Belagerungszustand und die Freiwilligenverbände wurde einstimmig zugestimmt. Ein Antrag, die „Seimarbeiterfrage“ baldigst zu regeln, wird dem Gauortstand als Material überwiesen.

Als Gauort wird Plauen wiederum bestimmt.

Dressel-Plauen schließt die Gaukonferenz mit dem Hinweis, daß die Debatten sachlich auf der Höhe standen. Die Meinungsstrenge seien sachlich geklärt worden und einigend haben wir in diesem Geiste weiterzuarbeiten. Mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband fand die Konferenz um 7 Uhr ihr Ende.

(Ränge hat man uns gepredigt, wir müßten von der Propagierung einer einseitigen Parteipolitik absehen und dafür sorgen, daß der bekante Parteistreit in unserem Blatte keinen Ausdruck fände. Dann warf man uns aber vor, wir hätten zugunsten einer Parteirichtung Stellung genommen. Das war natürlich nicht der Fall, denn wir haben stets nur unserer Ansicht Ausdruck gegeben. Trotzdem man uns es aber zum Vorwurf machte, daß wir Parteipolitik getrieben hätten, verlangte man nun aber in Wunfriedel, wir sollten eine einseitige Parteipolitik treiben. Denn anders können wir die an unserer Haltung dort gemachten Ausstellungen nicht verstehen. Wäre unsere Haltung aber eine andere gewesen, so wären die Vorwürfe gewiß von der andern Seite gekommen. So erklärt es sich, daß wir über einen Artikel des Kollegen Dressel ohne zustimmende Bemerkung hinweggegangen sind. Wir hatten ihm schon zugestimmt, indem wir sagten, jede Regierung müsse ohne Belagerungszustand auszufragen suchen. Wir nahmen aber diese näher begründete Bemerkung wieder weg, weil das möglicherweise als Parteinahme nach einer Seite hin aufgefaßt werden könnte, und begnügten uns mit dem Hinweis auf München, damit zeigend, daß auch andere als Koskeregierungen, wenn es in ihrem Interesse liegt, zu dem Belagerungszustand ihre Zuflucht nehmen. Unserer Meinung nach a u ch zu Unrecht. Doch das ist nun nach Ansicht Böhlmanns nur ein Schlüsselzuden, also zuwenig, nach Ansicht anderer Kollegen war es aber schon zuviel. Und diese Kollegen stehen im politischen Lager Böhlmanns! Kann man es also schon nicht mehr eine politische Partei recht machen, so noch weniger zu weien und daneben noch den vielen anderen Mitgliedern, die keiner jener beiden Parteien angehören. Wir denken, bei dem gegenwärtigen politischen Wirrwarr dürfen wir uns nicht in den Dienst einer politischen Partei stellen, sondern nur die Arbeiterinteressen zu vertreten suchen. Diese werden unserer Ansicht nach am besten gewahrt durch planvolle Sozialisierung, und für solche sind wir stets eingetreten. D. Red.)

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 13. und 14. Mai tagte in Berlin eine Vorstandskonferenz der Gewerkschaften. Einleitend gab **Legien** einen Bericht über die gegenwärtige Situation angesichts des von der Entente angebotenen Friedensvertrags, der an Schwere alles übertrifft, was das deutsche Volk während des Krieges durchleben mußte. Aus Äußerungen französischer Arbeiterblätter legt er dar, daß man dem deutschen Volke eine fünfzigjährige Sklaverei für die Ententestaaten auferlegen will, um die Verbrechen seiner früheren Machthaber zu bezahlen. Von den durch die internationalen Konferenzen in Leeds und Bern aufgestellten Arbeiterforderungen stehe nichts im Friedensvertrag. Vielmehr solle erst eine Konferenz im Oktober d. J. in Washington, auf der der Arbeiterschaft nur ein Ziel

der Vertretung zustehen soll, mit Zweidrittelmehrheit darüber entscheiden, was an Arbeiterschut in den Völkerbund aufgenommen werden soll. Dazu sehe der künftige Völkerbund nur 2 Gruppen von Mitgliedern vor, die Gründungsmitglieder sowie die später einzuladenden Mitglieder. Zu beiden Gruppen sei Deutschland nicht zugelassen, sondern es könne höchstens später durch einen Zweidrittelmehrheitsbeschluß zugelassen werden. Legien hat deshalb einen Aufruf an die Arbeiter aller Länder vorbereitet, der durch Funkentelegraphie verbreitet werden soll. Weiter gab Legien den Wortlaut des Memorandums der deutschen Friedensdelegation zur Frage des internationalen Arbeiterrechts zur Kenntnis. Erlange dieser Friedensvertrag Geltung, so seien auch die Errungenschaften der deutschen Revolution in Gefahr. Die Konferenz beschloß, einen Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft aller Länder zu richten und wählte eine Redaktionskommission zu dessen Ausarbeitung. Weiterhin beschloß die Konferenz, am 13. Mai nur bis 4 Uhr nachmittags zu tagen, um den Vorstandsvorstreitern Gelegenheit zur Teilnahme an den großen Demonstrationen zu geben. In Sachen des Grenzstreits zwischen den Verbänden der Porzellanarbeiter und Fabrikarbeiter berichtet namens der hierzu eingesetzten Prüfungskommission **Drumsel**. Der Streit entsand daraus, daß den Fabrikarbeitern in zwei Fällen Streikrecht vorgeworfen worden sei. Der Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes war bereit, diese Vorwürfe zurückzunehmen, wenn der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes den gegen den Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes erhobenen Vorwurf der Entstellung, Verdrehung und Verdächtigung ebenfalls zurücknehme. Die Kommission empfiehlt, daß beide Vorstände diese zurücknehmenden Erklärungen abgeben, damit die noch vorhandenen Grenzstreitigkeiten durch gemeinsame Verhandlungen geregelt werden können. Der Vertreter der Porzellanarbeiter ist dazu sofort bereit, der Vertreter der Fabrikarbeiter will in seinem Vorstand für die Befolgung des Kommissionsbeschlusses hinwirken. Nach längerer Aussprache beschloß die Konferenz, dem Bericht der Kommission zustimmen, daß die beiderseitigen Beleidigungen kein Hindernis seien, die strittigen Grenzfragen durch ein Schiedsgericht zu erledigen. Die Konferenz fordert daher die beiden Verbandsvorstände auf, innerhalb vier Wochen ihre Vertreter für ein Schiedsgericht zu wählen.

Sinnschlag der Regelung des Lehrlingswesens schlägt **Sassenbach** für jedes Gewerbe paritätische Zentralkommissionen vor, die über Zahl der Lehrlinge, Art der Ausbildung, Arbeitszeit, Dauer der Lehrzeit usw. Bestimmungen auszuarbeiten haben. Ferner möchten für jeden Stadt- und Landkreis paritätische Bezirkskommissionen eingesetzt werden, die die Durchführung der Vorschriften überwachen, sowie darüber entscheiden, welche Arbeitgeber Lehrlinge halten dürfen. Die Dauer der Lehrzeit soll im allgemeinen drei Jahre nicht übersteigen, müsse sich aber nach den Bedürfnissen des Gewerbes richten. Die systematische Ausbildung der Lehrlinge müsse durch Lehrpläne geregelt und deren Durchführung durch Zwischenprüfungen überwacht werden. Bei ungenügender Ausbildung müssen die Lehrlinge in einem anderen Betrieb auf Kosten des bisherigen Lehrmeisters oder des Gesamtgewerbes untergebracht werden. Seimarbeiter ist die Ausbildung der Lehrlinge grundsätzlich zu verweigern. Der Fach- und Fortbildungszulunterricht müsse in die übliche Arbeitsdauer fallen. Die Zentralkommissionen haben auch ein einheitliches Kostgeld festzusetzen. Auch die Großindustrie müsse verpflichtet werden, Lehrstellen in ihren Betrieben einzurichten. Lehrwerkstätten seien nur im Anschluß an praktische Betriebe einzurichten. Durch Sammellehrwerkstätten könne die Werkstattlehre der Kleinbetriebe ergänzt und besonders begabten jungen Leuten Gelegenheit zur Weiterbildung geboten werden. Ferner seien geeignete Maßnahmen für Prüfung der Berufsbegabung sowie für Berufsberatung zu treffen, woran sich die Lehrstellenvermittlung anzuschließen habe. Die Frage der weiblichen Lehrlinge sei durch die Zentralkommission zu regeln. Den jungen ungelernen Arbeitern sei Gelegenheit zu fachtechnischer Ausbildung zu geben. In der Aussprache wurde auf die tarifliche Regelung des Lehrlingswesens hingewiesen und weiterhin verlangt, daß die gesetzlichen Bestimmungen über das Lehrlingswesen geändert werden durch Ausschaltung der Handwerkskammern und Innungen und Uebertragung der Lehrlingsbeziehung auf die Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter.

Ueber die Veranstaltung gewerkschaftlicher Unterrichtskurse referierte **Umbreit**, daß das gewaltige Wachstum der Gewerkschaften die Heranbildung einer breiten Mittelschicht von Gewerkschaftsvertretern, vor allem in den Betrieben notwendig mache, die imstande sind, den großen Aufgaben der Gewerkschaften in bezug auf Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Arbeitsgemeinschaft, Betriebsdemokratie und Arbeitervertretung, sowie Vorbereitung der Sozialisierung zu genügen. Diese Kurse sollen in den Bezirken, und zwar zunächst in den Groß- und Mittelstädten über 50 000 Einwohner veranstaltet werden. Abendkurse sein und etwa vier Wochen dauern. Als Unterrichtsgegenstände sind in Aussicht zu nehmen: Tarif- und Schlichtungswesen, Arbeitervertretung und gegnerische Gewerkschaften und Anstellenverbände. Als Lehrer kommen die Gauleiter, Arbeitersekretäre und Teilnehmer früherer Unterrichtskurse in Frage. In der Aussprache wird auf die Notwendigkeit von Kursen für Sozialisierung und öffentliche Verwaltung hingewiesen. Die Konferenz stimmte den Vorschlägen zu und ersuchte die Generalkommission, bis zur nächsten Konferenz über die Kostenregelung Vorschläge zu machen.

Das Reichswirtschaftsministerium teilt der Generalkommission mit, daß für die Karten der Reichsarbeitslosenstatistik die Postkosten vom Reich gedeckt werden sollen. Mit dem Reichsstatistischen Amt soll über eine Vereinfachung dieser Statistik und über Verlängerung der Berichtstermine verhandelt werden.

Die von der letzten Konferenz beschlossene Herausgabe der Verhandlungen über die Arbeiterräte als Agitationschrift soll den Vorständen in gewöhnlicher Zahl zur Verfügung gestellt werden, ebenso die Protokolle der Vorstandskonferenzen, die während des Krieges stattgefunden haben.

Eine Resolution des Holzarbeiterverbandes, die eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise fordert, gibt den Reichs Ernährungsminister **Schmidt** Anlaß, zu erklären, daß in absehbarer Zeit an eine Herabsetzung der Höchstpreise der wichtigsten Lebensmittel gar nicht zu denken, sondern im Gegenteil mit weiteren Steigerungen zu rechnen

sei, da die Produktionskosten gestiegen seien. Erst wenn die letzteren sinken, oder wenn ein starkes auswärtiges Angebot von auswärtigen Lebensmitteln zu erwarten sei, könne eine Herabsetzung der Höchstpreise in Frage kommen. Die hohen Schleichhandelspreise könnten dagegen durch bessere Organisation der Lebensmittelerfassung auf dem Lande bekämpft werden. Leider haben die Landarbeiter- und Bauernräte dabei völlig verlagert und seien zu einem großen Teil sogar Träger des Schleichhandels geworden. Es müsse daher der ländliche Beamtenapparat reorganisiert und durch städtische Arbeiterräte die Kontrolle auf dem Lande ersetzt werden. Der Minister hofft, daß wir mit den Getreidevorräten bis zur neuen Ernte auskommen und die Brotration aufrechterhalten können. Schlechter sehe es mit Kartoffeln und Fleisch aus. Kartoffeln seien vom Ausland zu sehr hohen Preisen (50 Mk. pro Zentner) zu bekommen. Das Reich will Zuschüsse leisten, um der Gemeinde Kartoffeln zu erträglichen Preisen zur Verfügung zu stellen. Hinsichtlich der Fleischversorgung könne für die nächste Zeit keine Sicherheit für die Lieferung der bisherigen Rationen übernommen werden, da rückwärtslose Eingriffe in die Viehhaltung nicht bloß den Widerstand, sondern auch den Widerstand der Landbevölkerung hervorrufen würde. Die Einfuhr fremder Lebensmittel sei nur möglich durch Erhöhung unserer Ausfuhr. Es sind deshalb wesentliche Ausfuhrerleichterungen für industrielle Erzeugnisse in Aussicht genommen. Es sind bereits namhafte Abschlüsse für Lebensmittel erzielt, die indes, auf 50 Millionen Verjorgungsberechtigte verteilt, recht geringe Quanten ergeben. In erster Linie sollen die Bergarbeiter und Industriebezirke sowie die Großstädte mit fremden Lebensmitteln versorgt werden. In der Aussprache war Leipart der Ueberzeugung, daß der Schleichhandel wirksamer bekämpft werden könne, wenn der Käufer nicht selbst strafbar gemacht werde. Im übrigen wurde über sehr ungleiche Erfassung des Viehes und über große Kartoffelvorräte in manchen Dörfern berichtet. Der Reichs Ernährungsminister erwiderte, daß nach der gegenwärtigen Rechtslage der Käufer nicht strafbar sei. Leider unterstützt das Publikum trotzdem die Bekämpfung noch viel zu wenig. Die Konferenz faßt das Ergebnis der Aussprache in der Entschliegung zusammen, daß sie von der Regierung sofort schärfste Maßnahmen gegen Preiswucher und Schleichhandel fordert, weil diese die Ursache seien, daß die Arbeiterschaft immer höhere Lohnforderungen stellen müsse. Die Kommission, die mit der Ausarbeitung eines Aufrufes gegenüber den Friedensbedingungen der Westmächte beauftragt war, legt der Konferenz einen Entwurf vor, dem die Konferenz zustimmte. Wir geben den Wortlaut des Aufrufes, der telegraphisch verbreitet und den Landeszentralen der Gewerkschaften übermittelt werden soll, an anderer Stelle wieder.

Gegen die in der Vorstandskonferenz vom 1. April d. J. beschlossenen Änderungen in den „Gewerkschaftlichen Grundsätzen“ haben die Zentralen der christlichen Gewerkschaften und S.-D. Gewerksvereine Einspruch erhoben. Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, diese Grundsätze in Vereinbarung mit den Gewerkschaftsrichtungen zur Erledigung zu bringen.

Die Konferenz ging dann zur Beratung des Entwurfs der Satzungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes über. Als Berichterstatter des Verfassungsausschusses berichtet **Leipart**, daß der Name „Deutscher Gewerkschaftsbund“ schon 1896 auf dem Berliner Kongreß vorgeschlagen, aber aus Zweckmäßigkeitsgründen die Gründung eines Bundes vertagt worden sei. Die Konferenz beschloß, dem Bund den Namen zu geben: „Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund“. Die Einleitung zu den Satzungen erklärt, daß eine Gewerkschaft ihre Aufgaben nur erfüllen kann, „wenn sie sich als Zentralisation eines Berufs oder einer Industriegruppe über das ganze Land ausdehnt“. Ein Antrag der Vorstände der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Eisenbahner auf Streichung der Worte „eines Berufs oder einer Industriegruppe“ wird gegen 6 Stimmen abgelehnt. Im übrigen wird der vorgelegte Satzungsentwurf ohne wesentliche Änderungen angenommen.

Der diesjährige Gewerkschaftskongreß in Nürnberg beginnt am 30. Juni. Vor dem Kongreß soll eine Konferenz der Arbeiterräte am 27. Juni und die nächste Vorstandskonferenz am 28. Juni in Nürnberg stattfinden.

Am Schlusse der Konferenz verbreitete sich der Vorsitzende des Deutschen Landarbeiterverbandes, **G. Schmidt**, über die Gesichtspunkte, nach denen in der nächsten Zeit die Landwirtschaft zu behandeln ist, wobei er sich gegen eine Zerstückelung des Großbetriebes und allzu weitgehende Förderung der Kleinwirtschaft aussprach. Insbesondere warnt er vor Ueberfischung der Siedlungsreform. Auch vor genossenschaftlicher Bewirtschaftung der Landgüter sei zu warnen, während das Genossenschaftswesen beim Ein- und Verkauf von Bedarfsartikeln und Erzeugnissen große Dienste leisten könne. Der Zwischenhandel sei nach Möglichkeit auszuscheiden. Ein allzu scharfer Eingriff in die Landwirtschaft durch Sozialisierung sei in den nächsten Jahren kaum zu empfehlen, dagegen müsse vieles zur Hebung der Landwirtschaft geschehen, was ebenfalls Eingriffe in die Landwirtschaft erfordere. Die Konferenz war der Meinung, diese Fragen durch den Redner auf dem Gewerkschaftskongreß an geeigneter Stelle behandeln zu lassen.

Aus der Textilindustrie.

Die Zukunft der polnischen Textilindustrie. Die sehr bedeutende Woll- und Baumwollindustrie in Lodz und Umgebung, ebenso die Lüll- und Spitzenindustrie in Kalisch sind infolge des Krieges finanziell außerordentlich bedrängt und haben in ihrer Not nichts Besseres tun können, als sich an die Finanzkreise in England und Amerika wegen Unterstützung zu wenden. Diese Unterstützung soll ihnen auch jetzt zuteil werden. Es braucht wohl nicht darauf hingewiesen zu werden, daß vor dem Kriege die polnische Textilindustrie sowohl für Maschinen wie für Rohstoffe als die besten Abnehmer Deutschlands galten. Es wird den deutschen Industriellen große Mühe kosten, diese Absatzgebiete wieder zu erobern.

Was englische Garnfabrikanten verdient haben. Auf seiner schottischen Besitzung ist der Großindustrielle und Direktor der Weltfirma J. u. B. Coats, deren Nähgarne auch allen Deutschen, die in der Textilindustrie tätig sind, wohlbekannt waren, Lord Glentano, im Alter von 69 Jahren gestorben. Er hinterläßt ein persönliches Vermögen von

4 Millionen 325 Pfund Sterling, d. h. über 86 1/2 Millionen Mark nach Friedenskurs, eine Summe, die selbst im reichen Großbritannien als recht erheblich bezeichnet werden wird. Man sieht daraus, mit wie ungeheuren Gewinnen die Garnfabrikations-Großbetriebe arbeiten, und daß es ein sehr lohnendes Geschäft sein muß, Nähgarne herzustellen, die einen Massenverbrauchsartikel ersten Ranges bilden.

Anton u. Alfred Lehmann Aktiengesellschaft, Berlin-Niederlehndorfer. Dem Geschäftsbericht für das Jahr 1918 entnehmen wir folgende Angaben: „Im Berichtsjahr hat unser Hauptbetrieb völlig geruht, so daß mit einem Fabrikationsgewinn überhaupt nicht zu rechnen war, während andererseits eine weitere Herabsetzung der Unkosten sich nicht ermöglichen ließ. Die im Anschluß an den unglücklichen Ausgang des Krieges bewirkte Entwertung unserer Valuta bedeutet für uns in Hinsicht auf unsere Schulden an das feindliche Ausland, die während des Krieges nicht beglichen werden durften, einen Verlust, der in die Hunderttausende geht. Wir haben uns daher veranlaßt, den auf dem Konto „Sonderrücklage“ stehenden Betrag dem „Konto für Auslandsverpflichtungen“ gutzuschreiben. Die seit langem außer Betrieb befindliche Fabrik in Mustau konnte im abgelaufenen Jahre verkauft werden. Der hierbei entstandene Buchgewinn von 68 163 Mk. wurde über Gewinn- und Verlustkonto verbucht. Das Restkapital ist hypothekarisch für uns eingetragen worden, so daß unser Hypothekenguthaben eine entsprechende Erhöhung erfahren hat. Den Einnahmen aus Zinsen stehen bedeutende Beträge, die wir auf Wertpapiere und Auslandsdividen als Kursverluste abbuchen mußten, gegenüber. Wir schlagen vor, in gewohnter Weise auf Gebäude 20 844 Mk., auf Maschinen 48 137 Mk. abzuschreiben, nachdem bereits vorher die von den Vereinigten Märkischen Tuchfabriken A.-G. vertragsmäßig jährlich abzuzahlenden 50 000 Mk. (7. Rate) vom Maschinenkonto abgebucht worden sind, und den sich ergebenden Bilanzverlust von 59 973 Mk. aus dem gesetzlichen Reservefonds zu decken.“ — Die Generalversammlung hat den Abschluß genehmigt.

Die Zukunft der deutschen Textilwarenausfuhr. Zwecks Tilgung der Schulden an das Ausland und der Aufrechterhaltung der Industrie als solche soll die Ernennung eines besonderen Reichskommissars für die Ausfuhr beabsichtigt sein. Unternehmerrreise knüpfen an diese Nachricht die Hoffnung, daß dem Reichskommissar ein Beirat, aus allen Industrien zusammengesetzt, beigegeben werde. Wir können uns dieser Hoffnung nur anschließen und wünschen besonders für die Textilindustrie die Heranziehung einer größeren Anzahl von Praktikern und Sachleuten, damit sie ihr Urteil in sachgemäßer Weise abgeben können und Entscheidungen in der Ausführfrage nicht allein vom Kommissar abhängen.

Massenangebote ausländischer Textilwaren in Deutschland. Ueber solche wird im „Konfektionär“ berichtet. Aus Paris sollen große Mengen englischen Tuches in Köln angekommen sein, an einem Tage für zwei Millionen Mark. In badischen Geschäften sieht man wieder viel Elbfäßer Textilwaren in Wolle und Baumwolle und recht beträchtlichen Mengen. Anscheinend wird auch von allen angebotenen Waren viel gekauft. Dadurch wandert aber viel Geld ins Ausland und unsere Valuta verschlechtert sich, denn es handelt sich um Millionenumsätze, allein in regulären Geschäften. Nicht geringer sind die Umsätze in irregulären Geschäften durch Schieber, Schleich- und Kettenhändler. Die hier in Frage kommenden Summen und die erzielten Verdienste sind ungeheuerlich.

Der Deutsche Sozialistentag.

Parteiengenossen! Wir bitten Sie, in Ihrer Organisation schnellstens für die Ernennung der Delegierten zum Deutschen Sozialistentag Sorge zu tragen. Da der Kongreß schon vom 21. bis 23. Juni stattfindet, drängt die Zeit!

Um eine möglichst gleichmäßige Zusammensetzung des Kongresses aus den verschiedenen sozialistischen Richtungen zu ermöglichen, haben wir folgendes Delegations-System vorzuschlagen:

Jede örtliche Parteiorganisation schickt bis drei Delegierte auf den Kongreß, die gewillt sind, dort für die Einigung der sozialistischen Parteien einzutreten. Örtliche Parteiorganisationen, die sich in Städten mit einer Einwohnerzahl von über 300 000 befinden, sind berechtigt, bis 5 Delegierte zu entsenden. Ferner bitten wir jeden örtlichen Arbeiterrat (Vollzugsrat, Vollzugsausschuß) den Kongreß mit bis drei Vertretern zu beschicken. Die Zweigstellen und der Vorstand der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie werden eine Anzahl Vertreter wählen, die keinen gesonderten parteipolitischen Standpunkt einnehmen werden.

Wir bitten, die Delegationen zwecks Zustellung von Delegiertenkarten bei dem Kongreßbureau, Berlin W. 56, Oberwallstr. 1a, anzumelden.

Mit sozialistischem Gruß
Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie.
Der Kongreßausschuß.

Vermischtes.

Der Kapitalmarkt im Jahre 1917.

Die rasche Geldschöpfung der Notenpresse sowie die teilweise Auffangung der so entstandenen Umlaufmittel und Guthaben durch die Kriegsanleihen waren die Hauptmerkmale des Kapitalmarktes im vorigen Jahre.

Neugründungen sind im Jahre 1917 zur Eintragung gekommen in Millionen Mark:

Wirtsch. Gesellschaften	Gesellschaften m. b. H.	Zusammen
1. Vierteljahr 50,5	66,3	116,8 (45,6)
2. " 36,5	50,7	87,2 (53,8)
3. " 68,8	38,7	107,5 (90,0)
4. " 126,9	186,6	263,5 (127,9)
Ganzes Jahr 277,7	292,3	570,0 (317,33)

Die Zahlen von 1916 sind eingeklammert. Die Gesamtziffer der Kapitalerhöhungen weist gegenüber dem Jahre 1916 ebenfalls eine starke Steigerung auf. In das Handelsregister wurden eingetragen:

Wirtsch. Gesellschaften	Gesellschaften m. b. H.	Zusammen
1. Vierteljahr 107,0	17,8	124,8 (31,2)
2. " 107,9	39,3	147,2 (74,2)
3. " 86,6	22,4	109,0 (85,6)
4. " 270,3	45,1	315,0 (108,6)
Ganzes Jahr 571,8	124,6	696,0 (299,6)

Der Egoismus als Triebfeder für Geetze und Sitten.

Um Sitten und Geetze zu begreifen, sagt Multatuli, ist es nützlich, sich so sorgfältig wie möglich vorzustellen, welche Umstände diese Geetze notwendig und die Sitten allgemein machten. Es ist ein hübsches Studium, aber meistens lehrt es uns, daß Egoismus die Triebfeder derjenigen war, welche die Geetze und Sitten einführten und handhabten. So führten die Pariser Modistinnen die Krinoline ein.

Ich bin deshalb den Modistinnen nicht böse, aber ich würde böse werden, wenn sie, die Gesetzgeber und Sittenmeister, aussprenkten, daß sie die Sitten und Krinolinen verteidigten zum Heil des Menschengeschlechts. Das ist nicht wahr.

Die Einwohnerzahl.

der nachstehenden Länder entwickelte sich in hundert Jahren wie folgt:

	1800	1900
Europäisches Ausland	89 Mill.	111 Mill.
Oesterreich-Ungarn	23 "	45 "
Deutschland	21 "	56 "
Frankreich	27 "	39 "
Großbritannien	16 "	42 "

Berichte aus Fachkreisen.

Apolda. Eine Textilarbeiterversammlung am Sonnabend, 24. Mai, hatte sich mit einer wichtigen und umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Der Vorsitzende, Kollege Schubert, eröffnete die Versammlung. Das Andenken der verstorbenen Kollegin Anna Berger wird durch Erlesen von den Eichen geehrt. Ueber Mitgliederbewegung berichtet der Geschäftsführer, Kollege Gutberlet. Zu Punkt 2, Gaukonferenz betreffend, referiert Kollege Schubert. Er hält die Tagesordnung zur Gaukonferenz, welche am 22. Juni stattfindet, für außerordentlich wichtig. Zunächst sei man im Zentralvorstand auch heute noch der Meinung, vermutlich aus — sagen wir — Sparmaßnahmsrücksichten, den jetzigen Gau Kassel aufzugeben. Dem steht gegenüber, daß sich die Mitgliederzahl im Gau mindestens verdreifacht hat, und man heute gewissermaßen von der Anstellung einer Hilfskraft für den Gauleiter sprechen müßte. Bei der Aufteilung des Gauess Kassel hätte Apolda gerade am meisten zu leiden. Wie lagen doch die Dinge, als wir noch zum Gau Thüringen gehörten? Es könne auf keinen Fall angehen, den Gau Kassel nach den früheren Verhältnissen wieder aufzuteilen. Falls nun die Gaukonferenz die Aufteilung ablehnte, was vorauszu sehen ist, so hätte die Konferenz noch einen anderen wichtigen Punkt zu erledigen; es handelt sich dann um die Wahl von Untergruppen für die Arbeitsgemeinschaft. Je mehr Wert natürlicherweise auf die Tarifabschlüsse gelegt werden muß, um so mehr bilden die Untergruppen in den einzelnen Gauen Faktoren von außerordentlicher Tragweite. Sorgfältig müßten daher die Wahlen zu diesen Untergruppen getroffen werden — in der lebhaften Diskussion, an der sich die Kollegen Blas, Trauboth, Bachmann, Lacher und Graubaum beteiligten, wird bitter Klage darüber geführt, daß man unseren Geschäftsführer, Kollegen Gutberlet, durch den Gauleiter fortgesetzt vom Ort zu Gauweiden wegwimmt, wodurch die örtlichen Angelegenheiten vernachlässigt werden. Wenn der Gauleiter nicht seine Arbeit bewältigen könne, solle für eine Hilfskraft gesorgt werden. Schließlich wird beschlossen, daß die Delegierten, welche von Apolda zur Gaukonferenz gehen, auf keinen Fall für eine Aufteilung des Gauess im allen Sinne stimmen sollen. Der Aufteilung soll nur zugestimmt werden, wenn sie einen Fortschritt darstellt. — Zu Delegierten werden die Kollegen Schubert und Blas gewählt. — Nachdem noch zum Verbandstag in Plauen Stellung genommen worden war, werden auf Grund der vorgerückten Zeit die anderen Punkte der Tagesordnung vertagt und die Versammlung geschlossen.

Dillig. Am 21. Mai hielten wir eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Ufer erläuterte die einzelnen Punkte des neu geschaffenen Tarifs, dessen Nutzen für die Arbeiter allgemein anerkannt wurde. Die Firma Simons, die es bisher verstanden hatte, unter stillschweigender Billigung der christlichen Organisationsleitung die Löhne recht niedrig zu halten, wird nun anders rechnen müssen und den Arbeitern keinen Tarif mehr vorlegen können, der um 30 Proz. hinter dem Normalmaß zurückbleibt. — In der Versammlung war man auch darüber unangehalten, daß die Arbeiter das von der Firma gelieferte Wachs mit 2,30 Mk. das Stück bezahlen müssen. Es wurde dagegen mit Recht eingewandt, daß die Firma das Wachs unentgeltlich liefern müsse, wenn ihr Material die Behandlung mit Wachs verlange.

Literatur.

Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter von Parvus. III. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Preis 40 Pf. 1919. Berlin S.W. 68, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Parvus dritter Brief an die deutschen Arbeiter ist gegen Rechts und gegen links eine Verteidigung des Klassenkampfes und der planvollen Sozialisierung. Er wendet sich gegen das kapitalistische Bürgertum, das im Bolschewismus vor allem den Sozialismus bekämpft. Und er wendet sich gegen den Bolschewismus, weil dieser sich nur die sozialistischen Schlagworte angeeignet hat, in Wirklichkeit aber von bürgerlicher Herrschaft und Gewalttätigkeit durchdrungen ist und den Sozialismus diskreditiert. Der Bolschewismus ist nach Parvus, einem Russen, der es wissen muß, keine Klassenbewegung, sondern eine Deklassiertenbewegung, — zusammengesetzt aus unzufriedenen, schwärmerischen Intellektuellen und Lumpenproletariern. Rot tue deshalb proletarische Einheit und Klassenpolitik, deren vornehmste Aufgabe sein soll: die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems.

Ademiker und die Sozialdemokratie. In einer im Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68, Vindensstr. 3, erschienenen Schrift dieses Titels geht Wally Zeppler auf die Frage ein, wie es kam, daß in akademischen Kreisen das politische Interesse bis zur Revolution an Lebhaftigkeit sehr zu wüchsen übrig ließ. Seit der Revolution hat sich darin ein Umschwung vollzogen. Der überall sich äußernde Hunger nach Wissen von den politischen Parteien veranlaßte Wally Zeppler, eine Einführung in die große geistige Welt des Sozialismus zu geben.

Ihre Schrift umfaßt viel und baut sich in edler Form auf. An Einwänden und Zweifeln der Kreise, zu denen sie spricht, entwickelt sie ihre verbenden Gedanken. Ihr Wort hat Glaubensflamme. Sie ist überzeugend: „Alle schöpferische Tat ist heute Sozialismus oder Sozialismus in seinem weitesten Sinne bedeutet Schöpferium.“ Wally Zeppler legt dar, daß er auch die Kraft ist, die höchste Forderung gesellschaftlicher Eittlichkeit in die Tat umzusetzen. Mit einer klaren Erörterung über das Verhältnis von Sozialismus und Individualismus endet die prächtige Schrift. Von der „Freien Welt“, der illustrierten Wochenschrift der U. S. V., ist uns die 4. Nummer zugegangen. Der Bilderteil dieser

neuen Wochenschrift ist sehr reich ausgestattet. Die Bewaffnung der Bourgeoisie wird durch zwei große Aufnahmen bewiesen, und ein kleiner Artikel weist auf die Bedeutung der Entwaffnung der Arbeiterklasse für den Gang einer jeden proletarischen Revolution hin.

Die beiden Hauptvorträge, die auf der großen, am 10. Februar in Berlin im Abgeordnetenhaus vom Deutschen Wohnungsausschuß veranstalteten Versammlung über das Thema: „Die Wohnungsfrage im neuen Deutschland“ von dem Geschäftsführer des Ausschusses, Dr. R. v. Mangoldt, und von Herrn Generalsekretär Vormbrod-Künster i. W., Direktor der Westfälischen Heimstätte“ gehalten wurden, sind vor kurzem als Sonderdruck erschienen und können von der Geschäftsstelle des Ausschusses, Berlin-Schöneberg, Neue Steinmühlstr. 4, bezogen werden. Der Preis stellt sich bei Bezug von 1—50 Stück auf 20 Pf., von 50—100 Stück auf 15 Pf. und über 100 Stück auf 10 Pf.

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten gingen im Mai ein aus Nachen 28,95 Mk.
Paul Wagnere.

Bekanntmachungen.

Vorstand.
Sonntag, den 8. Juni, in der
23. Wochenbeitrag fällig.
Geschäftsführergesamt.
Für die Filialen Lugau im Erzgebirge, Rheine in Westf., Ronndorf und Sommerfeld, Bamberg, Blumenthal-Begegnung unseres Verbandes wird je ein Geschäftsführer zum baldigen Antritt gesucht.
Kollegen, welche mit dem Verbandleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen, organisatorischen, schriftgeübten, rechnerischen und rednerischen Fähigkeiten haben und sich um die Stelle bewerben wollen, sind ersucht, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, an die Adresse des Kollegen Karl Hübsch, Berlin D. 27, Andreasstraße 61 II, bis zum 18. Juni dieses Jahres einzureichen. Zeugnisse und bergleichen sind nur in Abschrift beigelegen. Die Beitragsklasse ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Bedingung ist mindestens dreijährige Verbandzugehörigkeit. Gehalt 1650 Mk. pro Jahr, steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 2300 Mk. Daneben wird eine Ortszulage für Lugau und Sommerfeld von 60 Mk., für Rheine und Bamberg von 120 Mk., für Ronndorf und Blumenthal-Begegnung von 180 Mk. pro Jahr gewährt. Außerdem kommt zeitweilig eine Feuerungszulage von je 230 Mk. pro Monat in Frage. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer desselben besteht eine vierwöchige Kündigung.

Der Vorstand.

Berichtigung.
In den Gesuchen eines Geschäftsführers für Bittau und einer Hilfskraft für Chemnitz in voriger Nummer war die in Frage kommende Feuerungszulage um 10 Mk. zu hoch angegeben; sie beträgt nicht 240, sondern nur 230 Mk.
Der Vorstand.

Abwesenheitsänderungen.

Gau Augsburg. Rempten. Bureau: Gasthaus zum Bürgerjaal. Telefon 231.
Gau Düsseldorf. Redigee. V: Karl Schmitz, Elberfelder Straße 45.
Ronndorf. Das Bureau ist jetzt Neumeyer Str. 2.
Gau Lörrach. Waldshut. V: Gustav Schiebel, Gurtweiler Straße 15. K: Robert Janda, Gurtweiler Str. 13.

Zur Beachtung!

Der Generalkommission gehen fortgesetzt ausgefertigte Berichtsbogen zur Statistik über die Durchführung des Achtstundentages zu. Diese Bogen sind aber an die Hauptvorstände der Gewerkschaften, was die Textilindustrie betrifft also an uns zu senden. Die Zusammenstellung der Ergebnisse für die einzelnen Berufe fällt nämlich nicht der Generalkommission, sondern den Verbandsvorständen zu.
Der Vorstand.

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.
Berlin. (Stickerbranche.) Donnerstag, 28. Juni, nachm. 6 Uhr, Riederwallstr. 12, Aula: Brandenburger Versammlung.
Berga (Elster). Sonnabend, 14. Juni.
Eichwege. Montag, 16. Juni.
Leisnig. Mittwoch, 11. Juni.
Dittwis. Dienstag, 10. Juni, nachm. 8 1/2 Uhr, in Böhm's Restaurant.
Schlotheim. Sonnabend, 14. Juni, in den „Drei Rosen“.

Filiale Dresden und Umgegend.

Unser Bureau verlegen wir ab 15. Juni nach
Schützenplatz 20, Hinterhaus
(Volkshausneubau).
Das Bureau ist für den Verkehr geöffnet: vormittags von 10—1, nachmittags von 5—6 Uhr. Mittwoch und Sonnabend nachmittags geschlossen. Die Gesamtverwaltung.

Bandonion- u. Konzert-Spieler

mit autarrangierter Notenbeilage Probe-Nummer 80 Pf. vom Gut Ton-Verlag, Dresden-A. 21/110.
Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 7. Juni

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlicher Redakteur: Paul Wagnere. — Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Sämtlich in Berlin.